

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 7 (1927-1928)
Heft: 10

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

steinerner Bibel der Nationen, in welcher ein jeder lesen muß. Jedes zerstörte Baudenkmal ist eine verbrannte Bibelseite.

Denn um Kunst allein geht es hier ja gar nicht, sondern um Vernichtung aller Kultur, um einer aufgedonnerten Zivilisation willen, Vernichtung alles Nationalen um der Internationale willen, Zerstörung der Seele um der Maschine willen.

Ziel: Ein genußfüchtiges Menschengewimmel, das in betonierten Wohnmaschinen haust, daneben mit 100 km Geschwindigkeit ziel- und rußlos durcheinanderrast. Und wozu? Warum? Wohl um Geld zu erjagen. Aber wozu dieses, da Geldes schöpferischer Sinn ist: Kultur zu schaffen?

Gehen wir wirklich solcher Zukunft entgegen? Soll die Maschine über uns Herr werden? Sollen unsere Häuser, ehemals Ausdruck belebten Lebens, nichts mehr sein als Wohnmaschinen? Wird sich nicht ein Ausdruck finden lassen für die Bedürfnisse desjenigen Teiles der heutigen Menschheit, der nach Beseelung des Lebens sich sehnt und dem Familie, Heimat und Nation nicht gleichgültig oder gar hassenswert geworden sind?

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Jahresrückblick.

Es ist kein schlechter Brauch, einmal im Jahre auf einen Augenblick Halt zu machen, den Blick rückwärts über das Vergangene und vorwärts in die kaum im Umriß erkennbare Zukunft gleiten zu lassen. Der Einzelne mag das im ernstesten Zwiegespräch mit sich selbst tun. Die Volksgemeinschaft tut es, oder sollte es wenigstens tun, im Jahresrückblick der Bildner und Spiegel des öffentlichen Geistes, der Zeitung und Zeitschrift, des Jahrbuches und des Volkskalenders. Dabei sind diese „Jahresbilanzen“ und „Neujahrsgedanken“ erst recht wieder ein trefflicher Spiegel des Zustandes des öffentlichen Geistes. Schlecht und recht zählen sie meist in bejahendem oder kritischem Sinn die im vergangenen Jahr zur Abstimmung gekommenen oder im künftigen Jahr der Behandlung harrenden eidgenössischen Gesetzesvorlagen auf. Gelegentlich finden sich auch Ansätze zu zusammenfassenden Gesichtspunkten: man glaubt „am Wendepunkt“ zwischen Staatssozialismus und Privatwirtschaft zu stehen; führt die Übelstände des öffentlichen Lebens auf die „Verwirtschaftlichung der Politik“ zurück, oder erblickt deren Ursache gerade im Fehlen verfassungsmäßiger Ausdrucksformen für die wirtschaftlichen Triebkräfte. Wo zukunftsweisende Gedanken fehlen, wärmt man vergangene Kampfeinstellungen auf. Wo der Erfolg hinter den gemachten Versprechungen zurückbleibt, vertröstet man auf das kommende Paradies auf Erden. Und wo man von der Unzulänglichkeit alles menschlichen Tun und Handelns durchdrungen ist, erbittet man für alle, die guten Willens sind, den Segen des Himmels.

Bermißt man schon in diesen Überblicken über das innerpolitische Geschehen ein Fingerpißengefühl für das unmittelbar Wirkende, für die lebendigen Kräfte, die unter einer erstarrten Oberfläche nach Form und Ausdruck drängen, so fehlt ein solches noch viel mehr für die äußere Lage unseres Landes. Wenn

die Außenpolitik des vergangenen Jahres überhaupt Erwähnung findet, dann etwa auf dreißig Zeilen. Wie nach einem verabredeten Schema wird auf den für die Schweiz unbefriedigenden Zustand des Zonenstreites und der Wirtschaftsbeziehungen zu Frankreich hingewiesen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es im nächsten Jahre besser komme. Mit einigen Zeilen deutet man vielleicht auch noch die Beilegung der Worowskiangelegenheit und die Beziehungen zu Italien an. Wesentlich mehr Raum dagegen wird der internationalen Politik gewidmet. Kennzeichnend für die Artikel darüber ist nur, daß sie alle mehr oder weniger vom Standpunkt eines unbeteiligten Zuschauers aus geschrieben zu sein scheinen. Man hat den Eindruck, der Artikelschreiber und mit ihm seine Leser, wollen zu den gebildeten Leuten gehören und entsprechend ein wenig wissen, was in der Welt vorgeht. Aber sie wollen beileibe nichts wissen von allfälligen Rückwirkungen dieses Geschehens auf unsere eigenen Verhältnisse. Im Gegenteil. Da man selbst von niemandem etwas will, darf man auch von der Welt verlangen, daß sie einem in Ruhe läßt. Man hört jeweils förmlich den Seufzer der Erleichterung, wenn wieder ein Jahr vorüber ist, in dem man verhältnismäßig ungechoren seinem Geschäft und Verdienst und seinen Liebhabereien hat nachgehen und die Politik Politik sein lassen können. Und da der Wunsch nun einmal so leicht der Vater des Gedankens ist, und man nur den einen Wunsch hat, in Ruhe und Frieden gelassen zu werden, schildert man die Welt gerne als auf dem besten Weg zum ewigen Frieden befindlich. Das ist menschlich begreiflich. Aber politisch verantwortungslos.



Der außenpolitische Zustand der Schweiz ist augenblicklich bedingt durch die Lage unseres Landes innerhalb zweier europäischer Spannungsfelder: des französisch-italienischen und des französisch-deutschen. Nur mittelbar in das letztere hinein spielt das Verhältnis von Westeuropa zu Sowjet-Rußland. Um so auffälliger mag die starke Bedeutung erscheinen, die die welsche Schweiz gerade diesem Verhältnis zumißt. Im Jahresrückblick des „Journal de Genève“ ist beispielsweise zu lesen: „Das Jahr 1927 hat uns in der auswärtigen Politik nur eine wichtige Angelegenheit gebracht: die Erledigung des Streitfalles mit Rußland.“ Diese Erledigung des Worowskihandels durch das Berliner Abkommen vom April des Jahres ist bekanntlich von der welschen Schweiz einmütig mißbilligt worden, während die deutsche Schweiz ihm fast ebenso einmütig zustimmte. Woher diese Verschiedenheit der Meinungen und weshalb soll dem schweizerisch-russischen Verhältnis so große Bedeutung zukommen? Die Schweiz grenzt nicht an Rußland. Ein namhafter Handelsverkehr zwischen beiden Ländern hat, mit oder ohne Erledigung des Worowskihandels, bisher nicht stattgefunden. Und von einer wirklichen Gefahr einer Bolschewisierung der Schweiz durch russische Agenten kann doch nicht im Ernst die Rede sein. Man muß hier wohl an die westeuropäische politische Einstellung des durchschnittlichen Welschschweizers denken. Die Friedensverträge von 1919, die die Vorherrschaft des Westens über Europa errichteten, sind unter vollständigem Ausschluß Rußlands zustande gekommen. Jede Wiederannäherung Rußlands an den europäischen Großmächtekreis muß also eine Gefährdung für diese Friedensverträge bedeuten. Durch Beilegung des Worowskihandels hat die Schweiz aber ein wesentliches Hindernis einer solchen russischen Annäherung weggeräumt. Darum die große internationale Bedeutung des Berliner Abkommens. Man hat sie in der welschen Schweiz durchaus richtig erkannt. Nur hat diesmal die geschlossene deutsche Schweiz den Ausschlag gegeben. Daß deren mitteleuropäisches Bewußtsein sich wieder zur Geltung zu bringen wagte und vermochte, ist auch ein Anzeichen für die seit einigen Jahren in Europa vor sich gehende Kräfteumlagerung.



Ganz anders unmittelbar als durch den Wiedereintritt Rußlands in den europäischen Großmächtekreis wird die Schweiz durch ihre Lage im französisch-italienischen Spannungsfeld berührt. Im militärpoli-

nischen Vermächtnis des verstorbenen Generalstabschefs wird als besonderer Glücksfall für die Schweiz im Weltkrieg angeführt, daß beide Kampfgruppen ein gleich großes Interesse an der schweizerischen Neutralität hatten. Bei einer allfälligen kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Italien einschließlich ihrer gegenseitigen Verbündeten dürfte sich das anders verhalten. Die französisch-italienische Alpengrenze ist von Natur so stark, daß sie keinem Gegner Ausichten auf einen Durchbruch bietet und mit verhältnismäßig wenig Truppen gehalten werden kann. Daraus ergibt sich für Italien die Möglichkeit, sich im Verein mit dem verbündeten Ungarn mit Übermacht auf Frankreichs Bundesgenossen an der Adria, Jugoslawien, zu werfen. In diesem Zusammenhang ist auf die Versuche Italiens hinzuweisen, sich im südlichen Österreich durch Finanzierung von Bahn- und Bahnhof-Bauten verkehrspolitischen Einfluß und leistungsfähigere Eisenbahnverbindungen mit Ungarn zu sichern. Der dieser Tage an der österreichisch-ungarischen Grenze entdeckte Waffenschmuggel bildet eine gute Illustration zu deren Zweckbestimmung. Voraussetzung für die Durchführbarkeit der solchen Plänen zu Grunde liegenden Absichten ist ein „selbständiges“ Österreich. Hier dürfte u. a. ein Grund für Italiens Gegnerschaft gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland liegen. Wie kann Frankreich einem derartigen Erdrücktwerden seines Bundesgenossen an der Adria begegnen? Dem ursprünglichen französischen Plan, sich die Schweiz durch Einbeziehung in den Völkerbund als militärisches Durchmarschland zu sichern, kommt heute kaum mehr praktische Bedeutung zu. Eine direkte militärische Hilfeleistung für Jugoslawien durch den sich zwischen einem gegnerischen Italien und einem zwar entwaffneten, aber politisch doch nicht auseinandergebrochenen Deutschland hinziehenden „Korridor“ Schweiz-Österreich fällt so gut wie außer Betracht. Anders wäre es mit einem direkten Vorstoß durch die Schweiz auf Italien. Ein erfolgreicher Einbruch über den Großen St. Bernhard, Simplon und Gotthard in die Po-Ebene würde nicht nur sofort Jugoslawien entlasten, sondern Italien selbst entscheidend treffen.

Aus dieser einfachen Überlegung muß man folgern, daß bei einer französisch-italienischen Auseinandersetzung die beiden Kampfgruppen ein gänzlich ungleiches Interesse an der schweizerischen Neutralität hätten. Das bedeutet zweifellos eine wesentliche Erschwerung für die Schweiz, in einem solchen Fall ihre Neutralität aufrecht zu erhalten. Vielleicht überlegt man sich diesen Umstand in jenen Kreisen unseres Landes, die ein „selbständiges“ Österreich — die Voraussetzung für ein erfolgreiches italienisch-ungarisches Zusammengehen gegen Jugoslawien — für so vorteilhaft für die Schweiz halten. Auch gehört es in den Rahmen einer Jahresrückschau, daran zu erinnern, daß die Schweiz im vergangenen Jahr durch den endgültigen Verzicht auf die Neutralisierung Nord-Savoyens Frankreich den überfallartigen Durchbruch durch schweizerisches Gebiet nach Italien nicht unwesentlich erleichtert hat. Der verstorbene Generalstabschef schreibt darüber in dem erwähnten Vermächtnis: „In Savoyen müssen wir uns nun darauf gefaßt machen, daß Garnisonen dahin verlegt, Festungen daselbst gebaut werden, daß Material zum überfallartigen Angriff auf St. Maurice im Frieden in nächster Nähe der Verwendungsorte bereitgestellt werden kann. Im Hinblick auf all dies gewinnt die Straße des Col des Montets und der Tête Noire erhöhte Bedeutung wegen der Möglichkeit, auf diesem Wege nicht nur die besten Stellungen zur Beschließung von St. Maurice rasch zu erreichen, sondern St. Maurice selbst zu umgehen, um über Martinach an den Simplon zu gelangen.“ Die von diesem, Frankreich als Geschenk dargebotenen Verzicht erwartete Beschleunigung der Ratifikation der Zonenschiedsordnung ist natürlich ausgeblieben, und Bundesrat und Bundesversammlung hätten Anlaß, sich Gedanken zu machen über die vollendete Leichtfertigkeit, mit der sie wichtige Mittel zur Wahrung der schweizerischen Neutralität in Kriegszeiten aus der Hand gegeben haben.

Italien aber wäre zu empfehlen, sich ein genaues Bild von der Lage der Schweiz im französisch-italienischen Spannungsfeld zu machen und sich der Erkenntnis nicht zu verschließen, daß die auch im vergangenen Jahr sich höchst

unliebsam häufenden Zwischenfälle, besonders aber die wiederholten Auslassungen faschistischer Blätter über schweizerische Gebietsteile wenig geeignet sind, unser Mißtrauen in die Absichten unseres jüdlischen Nachbarn zu zerstreuen.

* * *

Nach wie vor ausschlaggebend für die Art staatlichen Daseins der Schweiz ist aber ihre Lage im west-mitteleuropäischen, im französisch-deutschen Spannungsfeld. Einmal verkehrspolitisch. In einer gleich nach Kriegsende bei Crès in Paris erschienenen Aufsatzsammlung französischer Persönlichkeiten „La Suisse et les Français“ waren mehrere Beiträge der künftigen Verkehrsstellung der Schweiz gewidmet gewesen. Henri Hauser, Prof. an der Pariser Universität, hatte in einem derselben folgende Sätze geschrieben: „Die Schweiz war (vor dem Kriege) ein Durchgang zwischen Deutschland und Italien. Der Durchgangsverkehr Deutschland-Italien hat zuletzt 64 v. H. des gesamten schweizerischen Durchgangsverkehrs ausgemacht. . . Jetzt (nach dem Kriege) wird der Gotthard aufhören, ein bevorzugter Weg zu sein. . . Unsere Verbündeten (im Osten) haben verstanden, daß der Weg von Prag und selbst gewisse Wege von Agram, Belgrad und Krakau über Basel und Zürich führen. Die Schweiz wird die Vorhalle des neuen, durch die Verträge geschaffenen (d. h. balkanisierten, Die Schriftleitung) Mitteleuropa sein. Zu dem wirtschaftlichen Wert, den für sich betrachtet der schweizerische Markt für Frankreich bedeutet, kommt jetzt ein anderer hinzu: die Schweiz wird das Durchgangsland nach dem europäischen Osten.“ Daß aus einer solchen Drehung der schweizerischen Hauptverkehrsachse aus der mitteleuropäischen in die westeuropäische Verkehrslage nichts geworden ist, kommt u. a. auch in der allmählichen Besserung der Verkehrsziffern der Schweizerischen Bundesbahnen zum Ausdruck, deren Rückgrat im Durchgangsverkehr nun einmal der Gotthard ist und bleibt. Über die Schweiz als Durchgangsland nach dem balkanisierten Osteuropa gibt ein kürzlich in der „Neuen Zürcher Zeitung“ abgedruckter Satz Auskunft: „Die Verkehrsentwicklung im Transit über den Arlberg-Schweiz seit dem Kriege ist unter den Erwartungen geblieben, die man infolge der wirtschaftlichen Erstarkung der Balkanstaaten geholt hat.“

Wie die Schweiz in ihren Schifffahrtsverbindungen mit dem Weltmeer ebenfalls ihres natürlichen mitteleuropäischen Schifffahrtsweges beraubt und über die Rhone und das französische Binnentanalnetz an die französischen Mittelmeer- und Atlantik-Häfen angeschlossen werden sollte, ist in unsern Hefen schon öfters dargelegt worden. In der erwähnten Aufsatzsammlung hatte der Sekretär des französischen Schifffahrtsvereins, Lecarpentier, von den „großartigen Aussichten“ gesprochen, die sich, wie im 17. und 18. Jahrhundert, für unser Land aus einer Verkehrsentwicklung zwischen unterer Rhone und ihm eröffneten. Wie „großartig“ diese Aussichten sind, können wir uns ungefähr vorstellen, wenn wir uns über die Ende Oktober vorigen Jahres in Besançon erfolgte offizielle Bildung der 20. wirtschaftlichen und verkehrspolitische Vereinigung des Oberelsaß und der Freigravität ist und die ihr verkehrspolitische Rückgrat in dem Marseille, Lyon und Straßburg miteinander verbindenden Rhone-Rheinkanal finden soll. „Es handelt sich — wie sich der Vorsitzende der Handelskammer von Besançon ausdrückte — um nichts anderes als die Wiederherstellung des alten Sequanien.“ Sequanien war aber bekanntlich ein Teil der römischen Provinz Oberdeutschland (germania superior), durch deren Gebiet der Hauptverkehrsweg vom unteren und mittleren Rhonetal nach dem Oberrhein, dem Borwerk und Ausfallstor gegen Germanien, führte. Die Verwirklichung dieser französischen Pläne käme auf eine vollständige Umfahrung der Schweiz hinaus. Sie müßte zufrieden sein, mit je einem Stichkanal bei Genf und Basel an das französische Schifffahrtssystem angeschlossen zu werden. Wenn die, für die Schifffahrt doch je länger je dringlichere Rheinregulierung, bald drei Jahre nach ihrer Gutheißung durch die Rheinzentralkommission, der Verwirklichung noch keinen Schritt näher gekommen ist, so dürfte der letzte Grund dafür doch wohl im französischen Widerstand gegen ein Unternehmen zu suchen sein, das schifffahrtspolitisch der Schweiz den

Zusammenhang mit Mitteleuropa wahr. Auf jeden Fall hat die schweizerische Öffentlichkeit ein Recht, endlich einmal zu erfahren, wie unsere obersten Behörden hier wichtigste Landesinteressen wahren.

Frankreich knüpfte an den Kriegsausgang natürlich auch weitgehende Hoffnungen auf handelspolitischem Gebiet. Es wollte in der Schweiz den Platz einnehmen, den bisher Deutschland hier innegehabt hatte. Das ist ihm in einer Richtung teilweise gelungen, indem es, allerdings z. T. dank seinem niedrigen Geldwert, in den letzten Jahren zu einem Hauptlieferanten der Schweiz geworden ist. Aber während Deutschland der Schweiz vor dem Kriege ein Drittel ihres ausländischen Bedarfs lieferte und fast ein Viertel ihrer Ausfuhr abnahm, hat Frankreich der Schweiz neuestens zwar etwa ein Fünftel ihres ausländischen Bedarfs geliefert, ihr aber in allerjüngster Zeit kaum noch mehr als ein Zwanzigstel ihrer Ausfuhr abgenommen. Dieses Mißverhältnis wird keineswegs ausgeglichen durch die günstigen Anlagemöglichkeiten, die französische öffentliche und private Unternehmungen dem schweizerischen Kapitalüberfluß in den letzten Jahren boten. Im Gegenteil. Diese schweizerischen Kapitalien haben vielfach nur dazu beigetragen, die unter dem Schutze einer hohen Zollmauer arbeitenden französischen Konkurrenzunternehmungen der schweizerischen Industrien zu fördern. Bereits werden ja auch Anstrengungen gemacht, um den, für die Schweiz doch in jeder Hinsicht nachteiligen Rember Kraftwerk- und Kanalbau mit schweizerischem Geld zu finanzieren. Von der Solidarität unserer finanziellen und industriellen Unternehmerschaft mit ihrem eigenen Volk und Staat, und ob sie sich nicht zu noch weitgehenderer Abwanderung außer Landes und zur Indienstellung für ausländische Zwecke verlocken läßt, wird hier und auch für das künftige schweizerisch-französische Wirtschaftsverhältnis viel abhängen. Denn wenn auch ein vorläufiges Abkommen, wie es mit dem üblichen Optimismus von Bern aus angekündigt wird, einige der allergrößten Härten der augenblicklichen schweizerisch-französischen Handelsbeziehungen mildern wird, so ist damit noch lange nicht ein von Grund auf einseitiges handelspolitisches Verhältnis bereinigt.

Diese ganzen Zustände und Entwicklungen der letzten acht Jahre sollte man sich in der welschen Schweiz und in Frankreich gegenwärtig halten, um eine so unmittelbare und völlig unverabredete Kundgebung wie diejenige der 96 Nationalräte in der letzten Dezembersession der Bundesversammlung bei der Gültigerklärung der Wahl Favarges nach ihren wirklichen Beweggründen verstehen zu können. Man macht es sich eben doch zu einfach, wenn man alles Unbequeme, auf das man stößt, und das Schwinden eigenen Einflusses und Glanzes immer nur auf dunkle deutsche Mächenschaften zurückführen und vor lauter Selbstliebe und krankhafter Eitelkeit die eigenen Unzulänglichkeiten und Fehler nicht sehen will. Gewiß kommt die Wandlung, die sich in den letzten Jahren im französisch-deutschen Spannungsfeld vollzogen hat, ganz natürlicherweise auch in der Schweiz im Verhältnis zwischen Deutsch und Welsch zum Ausdruck. Nur berechtigt das noch lange nicht dazu, denjenigen, die bei irgend einem Anlaß mit ihrer Stimmabgabe von dieser Wandlung Zeugnis ablegen, „etwas anderes als vaterländische Beweggründe“ zu unterschieben, wie das beispielsweise die „Gazette de Lausanne“ den 96 Nationalräten gegenüber getan hat. In Ermangelung sachlicher Gegengründe zur Verdächtigung und Verleumdung des Gegners zu greifen, ist nicht nur eine wenig vornehme, sondern auch eine sehr kurzfristige Kampfweise. Man mag sich zwar durch die so erreichte Verhetzung der Geister eine stoßkräftige Gefolgschaft schaffen und dadurch vorübergehende Erfolge erzielen. Aber seinen Gegner wirklich besiegen, kann nur der, der ihn in seinen letzten Beweggründen und Triebkräften versteht. Ein Sieg im hergebrachten Sinne ist das dann allerdings nicht mehr, sondern nur noch im Sinne einer Überwindung der gegnerischen Kräfte, indem man ihnen die entsprechenden Auswirkungsmöglichkeiten schafft.

Wie weit wir aber zwischen Deutsch und Welsch in der Schweiz auch nur von den ersten Voraussetzungen eines solchen gegenseitigen Verstehens entfernt sind, mag die nachfolgende Auslassung des in Chaux-de-Fonds erscheinenden

„Impartial“ dartun, deren Lächerlichkeiten man sicherlich nicht die Ehre einer Wiedergabe anzutun brauchte, wenn sie nicht allzu kennzeichnend für eine Kampfweise wäre, wie sie von einem großen Teil unserer welschen Presse überhaupt geübt wird. Im „Impartial“ vom 14. Dezember war also zu lesen:

„Ein Türsteher des Bundeshauses schickt mir diesen Briefentwurf, den er im Papierkorb des Lesesaales nach der Abreise eines zürcherischen Nationalrates, der von einer unbekanntem Person begleitet war, gefunden hatte.

Herr Professor Knatschke,
Kommerzienrat, Potsdam.

Mein lieber Papa!

Hoch, hoch, hoch! Deutschland über alles! Ich habe soeben einer Sitzung des schweizerischen Nationalrates beigewohnt, die Dich mit Befriedigung erfüllt hätte. Seit Dich die Franzosen vor die Türe unseres lieben Elsasses gesetzt haben, hättest Du nie einen so kolossalen Triumph genießen können.

Es handelte sich darum, die Wahl eines Neuenburgischen Advokaten gültig zu erklären, der seinem verstorbenen Kollegen De Dardel nachfolgte. . . Die Kammer beschloß mit 96 gegen 38 Stimmen die Rückweisung der Gültigerklärung Favarges, weil er Inhaber des Ritterkreuzes der Ehrenlegion und eines belgischen und serbischen Ordens ist. Die ganze deutsche Schweiz stimmte für uns. Hoch! . . .

Ich hoffe, mein Vater, daß Ihr einen Schluck echten Münchner Biers auf die Gesundheit unserer schweizerischen Freunde trinken werdet. Profit Neujahr!

Ich schicke Dir die Liste der 96 Stimmenden, damit Du sie unserm lieben und verehrten Kaiser schicken kannst. Gewiß wird er nach seiner Rückkehr ihnen allen das eiserne Kreuz überreichen. Sie haben es wohl verdient.

Dein Sohn

Doktor Wilhelm Knatschke junior.“

Natürlich hat die entsprechende französische Presse, genau wie zur Zeit der Abstimmung über das Zonenabkommen, das dargebotene Stichwort begierig aufgegriffen. So war beispielsweise in der „Action Française“ vom 18. Dezember unter der Überschrift „Beunruhigendes Anzeichen in der Schweiz“ u. a. zu lesen:

„Wenn man diese Tatsache (der Bildung eines Aktionskomitees zur Einleitung eines Volksbegehrens für Verschärfung des Ordnungsverbotens) in den nationalen Rahmen einordnet und wenn man die Presseartikel der französischen und mit Frankreich befreundeten Schweiz liest, muß man sich sagen, daß es nicht auf die Eitelkeitsabzeichen im allgemeinen, sondern nur auf die aus Frankreich kommenden abgesehen ist. Die französischen Erzeugnisse sind den Sozialisten und denjenigen bürgerlichen Mitgliedern des Nationalrates ein Greuel, denen deutscher Geist und Geschmack und die Liebe zu Deutschland es am meisten angetan hat. . . Das ist das Anzeichen der ununterbrochenen, lebhaften und fortschreitenden Tätigkeit eines anziehenden, vereinheitlichenden, eroberungsfüchtigen Germanismus am deutschen Grenzrand. Daß eine solche Tätigkeit in einem so partikularistischen, so patriotischen, so überlieferungstreuen Lande wie der Schweiz fühlbar geworden ist, das ist in Wahrheit eine ernste Warnung. . . Wir befinden uns zwar noch nicht vor der Katastrophe. Aber der natürliche Gang der Dinge führt darauf hin. Und an dem Tage, wo sie näher sein wird, wird es nicht an Dummköpfen fehlen, die sich über die „notwendige“ oder „unvermeidliche“ Rückkehr der französischsprachigen Kantone zu Frankreich freuen. So schön und so freundschaftlich gesinnt diese sein mögen: der Vorteil ihres Anschlusses würde den Nachteil und Frevel einer Auflösung der Schweiz und der Rückkehr ihrer deutschsprachigen Bestandteile zu Deutschland nicht aufwiegen.“

Es wäre auch dem französischen Royalisten-Blatt zu viel Ehre angetan, wenn man seine Ausführungen ernster nehmen wollte als sie sind. Das Unverständnis für unsere schweizerische, insbesondere für unsere deutschschweizerische Denkart, das aus ihnen spricht, ist aber leider wiederum nur allzu kennzeichnend für einen Großteil der französischen Presse und Öffentlichkeit überhaupt. Nation und Staat mögen im französischen Kultur- und Sprachkreis so zu einem einzigen Begriff verwachsen sein, daß auch der außerhalb Frankreichs Grenzen lebende Angehörige des französischen Kultur- und Sprachkreises in politischen Dingen „aus Liebe zu Frankreich“ handelt. Sicherlich ist es aber falsch und abermals falsch, den 96 Nationalräten der deutschen Schweiz zu unterstieben, sie hätten bei ihrem Rückweisungsantrag der Wahl Favarges „aus Liebe zu Deutschland“ gehandelt. Das ist ein Begriff, den man in der deutschen Schweiz, selbst wenn man im übrigen bewußt und entschlossen für sein angestammtes Volkstum eintritt, nicht kennt. Diese Eigenwilligkeit innerhalb des deutschen Kultur- und Sprachbereiches, die ihren äußeren Ausdruck während einer jahrtausendalten Geschichte immer und immer wieder in mannigfaltigster föderativer staatlicher Gliederung gefunden hat, scheint dem Franzosen, dem Paris ein und alles und die Pariser Regierung das Schicksal seiner Nation bedeutet, unverständlich. Und doch handelt es sich hier fast um so etwas wie eine europäische Schicksalsfrage. Hat denn das Schauspiel, dem wir im sprach- und stammverwandten Nachbarland Elsaß seit Wochen beklommenen Herzens beimohnen, nicht letzten Endes dieses gleiche Nichtverstehenkönnen, oder Nichtverstehenwollen andersgearteter Volk- und Denkart zur Ursache? Vermöchte und wollte der französische Staat den natürlichen Bedürfnissen und berechtigten Ansprüchen dieses deutschen Volksgliedes auch nur ein wenig Genüge tun, dann wäre er der schmählichen Rolle enthoben, allüberall deutschen Machenschaften nachzuspüren und aufrechte, sich mit ihrer ganzen Person für die Rechte und Güter ihres Volkes einsetzende Männer in so niedriger, minderwertiger Art mundtot machen zu müssen. Die französische Öffentlichkeit sollte sich nachgerade ernsthafteste Gedanken machen über das Schwinden französischen Ansehens und Einflusses in der ganzen Welt. Sie würde dann u. a. leicht feststellen können, daß die Ursache für die Rundgebung der 96 im Nationalrat, wie für den rapiden Niedergang französischen Ansehens und Einflusses in der Schweiz gerade im vergangenen Jahr wirklich nicht in einer „ununterbrochenen Tätigkeit des eroberungsfüchtigen Germanismus“ gesucht zu werden braucht, sondern daß es zum Verständnis dafür genügt, an die Behandlung zu denken, die uns Frankreich in den letzten zehn Monaten im Zonenstreit hat zuteil werden lassen. Wer sich in so kleinlich-unwürdiger, hinterhältig-unaufrichtiger Weise dem Schwächeren gegenüber in Vorteil zu setzen sucht, bringt sich selbst um Achtung und Ansehen. Er spricht sich damit aber auch selbst die Berufung zu höheren Aufgaben, zu einer europäischen Führerschaft ab.

Zürich, den 7. Januar 1928.

Hans Dehler.

Die Krisis des Parlamentarismus.

Politik und Jugend.

Auf einmal sind die politischen Parteien zur Einsicht gekommen: Wer die Jugend hat, hat auch die Zukunft. Auf Grund dieser Erkenntnis begann eine rege Werbetätigkeit, um die Jungen an der Politik zu interessieren. Die Jungmannschaft wird zu politischen Veranstaltungen besonders eingeladen und in den Berichten wird dann der Freude über ihr zahlreiches Erscheinen Ausdruck gegeben. Erfolglos werden diese Bemühungen nicht sein, aber ich zweifle sehr, ob es den politischen Parteien gelingen wird, die große Masse der Jungen zu positiver Mitarbeit heranzuziehen.

Ich möchte in kurzen Zügen andeuten, was es ist, was die Jugend, und mit ihr weite Kreise des Volkes, von der Politik fernhält. Dabei meine ich die nicht, die überhaupt nichts von Politik wissen wollen, sondern nur die, die eine politische Ader haben.

Das Volk braucht Führer. Wenn es keine guten hatte, so hat es sich schlechten anvertraut. Wer führt heute unser Volk? In einem Volksstaat, wie die Schweiz einer ist, ist nichts natürlicher, als daß die Vertreter des Volkes seine Führer sind. Sie sollen um sein Wohl bestrebt sein und seine Interessen wahren. Es ist anderseits nötig, daß die Behörden sich getragen fühlen vom Vertrauen des Volkes; nur dann werden sie ersprießliche Arbeit leisten, wenn sie nicht schon im Voraus wissen, daß sie vergeblich ist. Es ist nun aber eine offensichtliche Erscheinung, daß dieses Vertrauen fehlt. Darüber ist man sich jedenfalls auch im Bundeshaus im Klaren. Ich verweise auf die große Zahl der „Nein“ bei Volksabstimmungen. Warum das Mißtrauen? Der Bundesrat und mit ihm die Bundesversammlung haben in den letzten Jahren die Geschäfte des Landes in einem Zickzackkurs geführt, der nicht vertrauenerweckend war, denn Unstetigkeit erweckt nie Vertrauen. Man denke an die Monopolverhandlungen. Woher kommt es, daß der Leiter unserer Volkswirtschaft in verhältnismäßig kurzer Zeit die Meinung zweimal wechselt? Scheint da nicht die Übersicht zu fehlen? Ich erinnere daran, wie sich der Bundesrat in der Biersteuer- verhandlung immer an die neue Lage angepaßt hat, sodaß man eine feste Führung vermißte. Wenn dann ein Parlamentarier deswegen Vorwürfe macht, werden diese vom Bundesrat entrüstet zurückgewiesen. Nein, unsere Politik entbehrt der ziel- sichern Führung. Warum besteht das verfassungswidrige Käsemonopol heute, neun Jahre nach Kriegsende, noch? Wo sind die Hüter der Verfassung? Wenn vom Bundesgericht die angefochtene Errichtung eines Kinos geschützt wird — geschützt auf Grund der Gewerbefreiheit — und Wirtschaften wider Willen der Mehrheit der anwohnenden Bevölkerung errichtet werden dürfen, soll auch die Käse- ausfuhr frei sein. Gleiches Recht für alle! Darf ich noch an die Nationalratspräsi- dentenwahl von 1926 erinnern, als es sich um Grimm handelte. Welch kläg- liches Spiel! Das nächste Mal mögen die Herren Nationalräte zuerst fragen, wen sie als ihren Präsidenten wählen dürfen.

Wer kann angesichts dieser Tatsachen behaupten, das Mißtrauen in unsere Staatsleitung sei unbegründet? Gewiß, es ist schwer, einen Staat zu leiten. Die angeführten Beispiele offenbaren aber eine, für leitverantwortliche Stellen, unzulässige Schwäche und Ziellosigkeit, die schwere Folgen haben kann.

Mit viel Unwillen wird im Volk bemerkt, wie mit dem Geld des Landes gewirtschaftet wird. Woher nehmen z. B. die Räte den Mut, 120,000 Fr. für die Olympiade auszugeben? Oder war es Angst, was sie dazu bewog? Das ist nicht Förderung der körperlichen Tüchtigkeit, sondern der Sportsverhimmelung und -mut. Hätte der heutige Sportsbetrieb nicht schlimme Erscheinungen im Gefolge, so könnte man sich damit abfinden. Hat der Leser noch nie beobachtet, wie durch den Sport die Begriffe „Sieg“ und „Arbeit“ ihren Inhalt verlieren, bzw. wechseln? Ein Speerwerfer: Sieger des Tages; eine Fußballmannschaft, die ganze Arbeit leistet. Und das Fatale, die Masse wird von einem Taumel erfaßt und geht heim, am Ende glaubend, sie habe den Sieg errungen. Wahre Führerschaft tritt solchem Gebaren fest entgegen und darf ihm nicht unterliegen. Welche Summen verschlingt jährlich unser Parlament, wo so viel Reden gehalten werden, die niemand anhört, und seine Kommissionen? Der Verdacht muß auf- kommen, als wollten diese Herren auf des Landes Kosten leben, wenn Kom- missionsbeschlüsse nach wenigen Wochen wieder gestürzt werden. Das Volk nimmt dies resigniert hin im Bewußtsein seiner Machtlosigkeit; aber es ist ein Fünkeln mehr im Feuer, das immer größere Ausdehnung gewinnt. Die Bundesbahnen wollen sparen; das ist lobenswert. Mehr aber als der Abbau bei den untern Stellen, trägt der Abbau bei hochbezahlten Stellen ein. Warum braucht es 4—6 Ingenieure oder Beamte, um einen Augenschein vorzunehmen, wie eine Leitungsmaste zu stellen oder eine Passerelle zu heben ist?

Unsere Zeit ist mehr auf die materiellen als auf die geistigen Güter eingestellt. Nun fällt es mir nicht ein, dafür die Ratsherren verantwortlich zu machen. Ich wiederhole aber, daß es keine Führerschaft ist, wenn man sich von diesem Geist, bezw. Ungeist treiben läßt, anstatt ihm entgegenzutreten. Betrachten wir die bisherigen Beratungen über das neue Alkoholgesetz. Wird da nicht immer der Treß und seine Verwertung in den Vordergrund geschoben? In Reden ist die Reihenfolge allerdings: Volkswohl, Sozialversicherung, Treßverwertung. In Wirklichkeit aber dreht sich alles um die paar Millionen, die aus dem Treß gewonnen werden. Daß die Milderung des leiblichen und seelischen Elendes, verursacht durch den Schnaps, wichtiger ist und erste Aufgabe der neuen Ordnung sein soll, das zu erklären haben Wenige den Mut.

Unser ganzes öffentliches Leben ist ein ständiger Interessenkampf, bei dem materieller Ertrag die Hauptsache ist. Das Ergebnis aber ist Haß und Unzufriedenheit auf allen Seiten. Jeder Stand geht darauf aus, seine Macht zu mehren und seine Glieder tragen den Kampf bis in die hinterste Hütte. Unser Volk ist auf dem Weg der Zwietracht; es kennt die hohen Güter Selbstlosigkeit und Brüderlichkeit nicht mehr. Es wird Sklave des Geldes anstatt Träger der Gerechtigkeit. Dazu sieht es wirklich nicht so aus, als ob wir uns den Luxus leisten könnten, uns zu bekämpfen. Es gilt die Kräfte zu sammeln, um den wirtschaftlichen Kampf gemeinsam zu bestehen.

Die Kritik war mir in dieser Ausführung nicht Hauptsache. Ich führte einige Momente an, die Mißtrauen im Volk erwecken, das wiederum den ganzen Gang der Staatsgeschäfte lahmlegt. Die Volksführer haben die Pflicht, dieses Mißtrauen durch ihr Handeln zu beseitigen. Das wird schwer sein, ganz abgesehen davon, daß sie es nie allen Leuten werden recht machen können. Die Möglichkeit ist vorhanden. Sobald das Volk sieht, daß die Verfassung und der Wille des Volkes gewahrt werden — nicht der Wille der Parteien, denn diese vertreten nicht das Volk und maßgebend für ihre Stellungnahme ist zuletzt die Partei selbst —, was in der Demokratie erster Rechtsgrundsatz ist, wird das Volk wieder Zutrauen fassen. Wenn man erkennt, daß die Politiker ein festes Ziel im Auge haben, auf das sie unentwegt und selbstlos hinarbeiten, wird auch die Jugend sich von der Politik angezogen fühlen.

Matt (Marus).

Rudolf Zwickh.

* * *

Ursache und Wirkung.

Die beiden eidgenössischen Räte waren würdelos genug, unseren Kriegsgeneralstabschef Th. Sprecher von Bernegg ohne Abschied in die Gruft seiner Väter ziehen zu lassen. Sogar die zahme Offiziosität der sogenannten führenden Schweizerpresse war erregt davon. Das Volk aber ist empört.

Der Größe des toten Führers vermag die parlamentarische Untat nichts anzuhaben, denn das Andenken dieses seltenen Mannes ist im Herzen des Volkes eingeschlossen und seine Bedeutung wird von der Geschichte durch alle Zukunft getragen.

Der Hieb hat das Schweizervolk in der Tiefe seines Empfindens für Gerechtigkeit und Dankbarkeit verletzt. Blutig verwundet aber hat er das Ansehen der schweizerischen Bundesversammlung.

Wohl ist die Untat von den beiden Ratspräsidenten begangen, die verwegen genug waren, ihr durch nachträgliche Ausflüchte den milderen Schein der Fahrlässigkeit zu nehmen und sie vor dem ganzen Lande als vorsätzlich zu brandmarken. Die Verantwortlichkeit aber trägt die gesamte Bundesversammlung, weil keines ihrer Mitglieder gegen die Unterschlagung der wohlverdienten Dankesbezeugung im Ratssaale aufgetreten ist.

Was sich das Parlament gegen den toten Generalstabschef herausnahm, fügt sich seinem Verhalten beim Abschiede der Bundesräte Ludwig Forrer und Arthur Hoffmann, bei der Entlassung des Generals und seines Generalstabschefs von ihren Posten, bei der Entgegennahme des Mobilisationsberichtes der Armeeführung gleichgestimmt an.

Das Volk schließt aus der Wiederholung dieser parlamentarischen Geringschätzung hervorragender Eidgenossen und ihrer Verdienste auf ein System, und es sucht nach den Gründen dieses Systems. Diese Gründe sind leicht zu finden, denn das Parlament selbst hat durch seine fortgesetzte und gleichgerichtete Einseitigkeit den Weg zu ihnen bloßgelegt.

Je und je ging diese Einseitigkeit gegen Männer, die beherzt genug waren, persönliche Verantwortung für das Schicksal des Landes auf sich zu nehmen, mit ihr unbeirrbar zu handeln und sie durch die Tat vor dem ganzen Volke und seiner Zukunft zu rechtfertigen.

Das selbe Parlament, das seine eigenen Mitglieder mit Nelkenbüschen von eidgenössischer Farbe feiert, wenn sie durch Zeitablauf auf ihrem hohen Stuhle fünfundzwanzig Jahre eressen haben, bringt es nicht über sich, vor jenen Lebenden und vor jenen Toten, die den Gang unserer Geschichte auf Jahrzehnte und Jahrhunderte hinaus glücklich bestimmt haben, sich zu verneigen.

Müssen bei einem solchen Parlamente nicht krankhafte Hemmungen vermutet werden? Darf da der Diagnostiker des Volkskörpers aus der hartnäckigen Scheu vor der Dankbarkeit gegenüber bewährter Einzeltat nicht folgern, daß das verantwortungslose Parlament und seine verantwortungslosen Mitglieder von einer unmännlichen Eifersucht gegen die verantwortungsfreudige und tatenstarke Einzelpersonlichkeit beherrscht und beirrt seien?

Eifersucht ist immer das Eingeständnis eigener Schwäche, und seitdem das Parlament das Vorhandensein dieser Schwäche selbst zur Erwägung gegeben hat, braucht es sich nicht darüber zu verwundern, wenn das Volk den wirklichen Wert seiner formalpolitischen Vertreter gegen die wirkliche Bedeutung der Vertreter seiner Tatkraft gründlich abwägt. Nicht beklagen darf sich das Parlament, wenn das Ergebnis solcher Nachprüfung, die es selber verursachte, zu seinen Ungunsten ausfällt.

Der Umstand, daß das Volk beim politischen Wahlgeschäft immer wieder brav zur Stelle ist, wenn seine politischen Vertreter zu diesem Behufe nach ihm rufen, mag das Parlament nicht über die tiefere und daher einzig maßgebende Umstellung der Volksgenossen zu ihm täuschen! Das Wahlgeschäft wird von der Vernunft des bedachten Mannes als Notdurft des öffentlichen Lebens erledigt, die Tiefen der Volksseele rührt es nicht auf. Nur Taten fordern Empfinden und Urteil aus dem Mannesherzen heraus.

Es wäre für das Parlament gefährlich, wenn es das nicht einsehen und wenn es verkennen wollte, daß die überwiegende Volksmehrheit, durch die Folge parlamentarischer Herausforderungen zum vergleichenden Urteile genötigt, sich entschieden auf die Seite derjenigen stellt, die das Volk in schwerer Zeit mit dem Einsatze ihrer ganzen Persönlichkeit mannhaft gegen Not und Gefahr gedeckt haben.

So steht heute das Volk, das Treue mit Treue zu vergelten weiß, zu seinen Einzelführern, die sein Vertrauen durch ehrliche Erschöpfung ihrer außergewöhnlichen Machtbefugnisse erwiderten; und mit deren Andenken gewappnet, steht es wider ein Parlament, das sich nicht fähig erweisen sollte, diese dankbare Treue des Volkes und ihre geschichtlichen und psychologischen Ursachen zu begreifen und zu respektieren.

Diese Verkennung der schlichten, und darum erhabenen, Regungen im Herzen des Volkes ist mit eine Ursache der Weltkrisis des Parlamentarismus, und diese Krisis muß sich akut äußern, wo jene Regungen vorsätzlich verleugnet oder gar verhöhnt werden. Dann sucht das Volk über das leichtfertige Parlament hinweg den Einzelhelden seiner Herzensregungen, und es jubelt ihm aus tiefer Brust auch dann noch zu, wenn die Wortgewandten sich seiner mit der parlamentarischen Verwünschung „Diktator“ zu entledigen wähen: Was im Herzen des Volkes verankert ist, wird durch keine Schmähung oder Verdächtigung beseitigt, das Volk wendet sich gegen die Schmähler und weiß sich ihrer zu erwehren.

Das ist die selbstverständliche Geschichte der Diktaturen. Sie zu studieren und ihre Beweggründe zu erfassen, lohnt sich für die Parlamentarier aller

Länder, und ihre Auswirkung zu vermeiden, ist dem ernsthaften Verständnis und dem guten Willen der Parlamente selbst anheimgegeben.

Mag unser Parlament sich dieser Gunst des Schicksals rechtzeitig und dauernd würdig erweisen!

B a d e n.

H a n s K a s c h l e.

* * *

Zeitungs-Stimmen.

„E. S. Eine Ehrung eigener Art ist dem ehemaligen Generalstabschef Sprecher von Bernegg durch die eidgenössischen Räte zuteil geworden. Der freiburgische Präsident des Ständerates, Savoy, lehnte es ab, im Ständerat durch einen ehrenden Nachruf des Entschlafenen zu gedenken, und der Präsident des Nationalrates, der Berner Bauernabgeordnete Minger, bot die Hand dazu und verlor auch seinerseits im Nationalrate kein Wort der Ehrung. Erscheint auch das Verhalten des Herrn Savoy recht sonderbar, so hat aber in den Augen vieler Schweizer ganz besonders Herr Minger bei dieser Sache einen recht „mingeren“ Charakter bewiesen. Herr Minger ist Oberstleutnant der Infanterie. Was für einen Begriff von persönlichem Mut sollen sich wohl seine untergebenen Soldaten machen, wenn ihr Regimentskommandant nicht einmal den Mut aufbringt, trotz einem Herrn Savoy des Mannes in Dankbarkeit zu gedenken, der in großem Maße dazu beigetragen hat, das Unglück des Krieges von unseren Grenzen fern zu halten? Doch wenn wir näher zusehen, so erscheint die verweigerte Ehrung zwar wohl als eine persönliche Undankbarkeit, aber als höchste Auszeichnung im wahren Sinne. Wäre das eine Ehrung gewesen für den Mann, der in wahrhafter Neutralität und unbestechlicher Vaterlandstreue die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft gehütet und verteidigt hat, wenn ein Rat sich von den Sitzen erhoben hätte, ein Rat, dem Ritter ausländischer Ehrenlegionen angehören und der in denselben Tagen einem solchen Manne Einlaß gewährte, ein Rat, der in eben denselben Tagen das ehrlose Spielgewerbe verfassungsmäßig garantierte, ein Rat, der gegen Durchbrechungen unserer Verfassung nicht aufzutreten wagt, wenn mächtige Wirtschaftsinteressenten einen Druck auf ihn ausüben, wäre das eine Ehrung gewesen für Sprecher von Bernegg? Die höchste Ehrenbezeugung, die in der Schweiz möglich ist, haben die eidgenössischen Räte dem Manne, der durch seine unabhängige Rechtllichkeit und unbeugsame Verfassungstreue so sehr von ihnen absticht, dadurch bewiesen, daß sie sich nicht erhoben und seiner demonstrativ nicht gedachten.“

(„Reformierte Schweizer Zeitung“ vom 23. Dezember.)

„Er ist gewählt, der Mann mit den Orden! Nachdem die Validierung seiner Wahl fürs erste zurückgewiesen wurde, hat die bürgerlich-konservative, freisinnig-bäuerliche Mehrheit des Nationalrates den Herrn Munitionsfabrikanten Favarger, Ritter der Ehrenlegion, Inhaber belgischer Orden, nunmehr doch als Mitglied des obersten Rates der Nation ernannt. Es stehen ihm nun sogar die Wege offen zum Bundesrat, und wenn er als solcher die Geschäfte der Schweiz ähnlich führt, wie der andere Ritter der Ehrenlegion, Herr Ador, so können wir mit dem Militär wirklich endgültig abfahren. Wir brauchen es nicht, denn Frankreich hat gar kein Interesse, die Schweiz zu annektieren. Sie geht pfundweise ab gegen ein paar Orden, siehe die Zonen.“

Auch als Präsident des Nationalrates würde sich Herr Favarger sehr gut ausnehmen. Man denke sich ihn unter dem Rütlibild: auf der Schweizer Heldenbrust die französischen und belgischen Orden!

Wißt ihr, worüber wir uns am meisten wundern? Über das, was sich unsere braven Schweizer Patrioten alles bieten lassen...

Es ist allgemein aufgefallen, daß die beiden eidgenössischen Räte nicht des verstorbenen Generalstabschefs Sprecher von Bernegg gedachten. Weber im Nationalrat noch im Ständerat wurden dem in einer gewissen Bürgerpresse so gefeierten Manne Nachrufe gewidmet. Warum er übergangen wurde, warum

der „Dank des Vaterlandes“ auf diese Weise — nicht erstattet wurde, das kennzeichnet wieder einmal unsere Patrioten. Es heißt nämlich, Minger, als Präsident des Nationalrates, habe einen Nachruf halten wollen, aber die Welschen seien dagegen gewesen und namentlich der Präsident des Ständerates, Herr Savoy, habe sich geweigert, den Toten zu ehren.

Ein schönes Bild von Einigkeit, das da unsere Eidgenossen geben. Man sagt uns Sozialdemokraten nach, wir machen das Militär verächtlich. Aber was tun die Patrioten, von denen kein einziger aufzustehen wagt, um un- bekümmert um kleinlichen Neid und dummen Haß in den eidgenössischen Rats- sälen dem Manne ein gutes Wort nachzurufen, den man zu Lebzeiten hofierte und der auf seine Art ein rechter Kerl war. Wo waren seine Freunde? Keiner hatte den Mut, allen Anfeindungen zum Trotz, zu ihm zu stehen!“

(„Berner Tagwacht“ vom 15. Dezember.)

* * *

Aufklärung erwünscht!

Das Nichtgedenken der eidgenössischen Räte beim Tode von Generalstabs- chef v. Sprecher hat das Ansehen unseres politischen Parlamentes in Volk und öffentlicher Meinung wieder um ein beträchtliches Stück weiter herabgesetzt. Für keinen verantwortungsbewußten Staatsbürger besteht aber Anlaß, darüber Ge- nugtuung zu empfinden. Denn so gewiß es ist, daß unsere oberste gesetzgebende Behörde im Bund vielen neuen und manchen bisherigen Aufgaben nicht mehr gewachsen ist und diese in einer näheren oder späteren Zukunft anderen Or- ganen zugewiesen werden müssen, so ist mit bloßem Schimpfen auf sie und mit ihrer Verächtlichmachung auch nichts getan. Wir werden vielmehr, gerade um nicht einmal nach italienisch-faschistischem Muster das Kind mit dem Bade aus- zuschütten, in jedem einzelnen Fall den Ursachen ihres Versagens nachgehen müssen. Nur so bewahren wir uns vor voreiligen Verallgemeinerungen.

Zuerst hat die „Schweizerische Katholische Korrespondenz“ eine „Aufklärung zu einer Kritik“ versendet, worin der „katholische Ständeratspräsident Savoy“ dagegen in Schutz genommen wird, daß eine gewisse Presse ihm „das schwärzeste Vorhaben in die Schuhe schiebe“. Im allgemeinen würden nur auf verstorbene Mitglieder beider Räte und, von letzteren gewählte, Würdenträger, wenn sie während der Amtsdauer sterben, in der Bundesversammlung Nachrufe gehalten. Allerdings werde dieser Rahmen hier und da durchbrochen. Beim Tode von General Wille sei er durchbrochen worden, beim Tode des Generalstabschefs nicht. Damit glaubt die SKK. der öffentlichen Meinung die nötige „Aufklärung“ erteilt zu haben. — Mit einiger Verspätung meldete sich dann auch das Bureau der Bauernpartei, der Nationalratspräsident Minger angehört, zum Wort. Minger habe die Absicht gehabt, des verstorbenen Generalstabschefs zu ge- denken. Der Ständeratspräsident dagegen habe „sich nicht entschließen können, mit der Tradition zu brechen“, worauf Minger, „um einer Unstimmigkeit vor- zubeugen“, von einem Nachruf auch seinerseits Umgang genommen habe.

Mit diesen beiden „Erklärungen“ dürfte aber die Ehre des Parlaments nicht wieder hergestellt sein. Im Gegenteil. Der Dümme merkt, daß es sich hier nur um Ausflüchte handelt, und das Volk wird mit nur noch mehr Ver- achtung auf eine politische Einrichtung und ihre Angehörigen herabsehen, die ihm die wahren Beweggründe ihres Verhaltens glauben vorenthalten zu müssen. Frage: welches sind denn nun diese Beweggründe? Warum hat der welsche Ab- geordnete und Ständeratspräsident Savoy im Falle v. Sprechers „sich nicht ent- schließen können, mit der Tradition zu brechen“? In den Wandelgängen des Bundeshauses waren während der Session darüber recht merkwürdige Gerüchte im Umlauf. Darnach hätten sehr nahe Familienangehörige von ihm während des Weltkrieges mit der einen Kriegspartei in derartigen Beziehungen gestanden, daß der verstorbene Generalstabschef sich im Interesse unserer Neutralität zum Einschreiten genötigt sah. In der „Solothurner Zeitung“ macht dieser Tage ein Einsender ähnliche Andeutungen: „In der Tat wird in eingeweihten Kreisen allerlei gemunkelt. Es soll Tatsachen und Akten geben, die nicht gerade zur

Ehrenrettung des Ständeratspräsidenten geeignet wären. Der Generalstabschef soll einmal in der Lage gewesen sein, einen Brief schreiben und betonen zu müssen, daß gewisse Dinge nicht angängig seien.“ Zweifellos wird daraufhin Ständeratspräsident Savoy der Öffentlichkeit nicht länger die wirklichen Beweggründe seiner Stellungnahme vorenthalten. Es wäre das sicherlich auch im Interesse unserer Volksvertretung geboten, damit man ihr Ansehen nicht mit dem dem Volke bisher gänzlich unverständlichen Verhalten eines einzelnen Mitgliedes belastet. D.

Zur politischen Lage.

Prag und Straßburg. — Frankreich und die Autonomisten im Elsaß. — Niederwerfung um jeden Preis — wegen den kommenden Wahlen. — Die Wirkung.

Prag, die mit raschen Schritten der Million Einwohner sich nähernde Hauptstadt des alten Böhmens und der neuen tschechoslowakischen Republik, legt heute noch in seinen alten Teilen vom Gradschin und dem Dom auf der Kleinfeste bis zum Rathhaus und der Teinkirche Zeugnis ab von einer reichen deutschen Vergangenheit. Es birgt in seinen Mauern eine mindestens 30,000 Köpfe umfassende, nach Bildung und Besitz hervorragende deutsche Minderheit. Über Prag führen die kürzesten Verbindungen zwischen Berlin und Wien. Rings in weitem Bogen in- und außerhalb der neuen Staatsgrenzen zieht das deutsche Sprachgebiet sich um Prag. Es sitzen hier die Zentralbehörden für die deutsche Bevölkerung der Tschechoslowakei, die an Zahl die Deutschschweizer bedeutend übertrifft. Es haben in Prag auch eine deutsche Universität und eine deutsche technische Hochschule ihren Sitz. Kurz Prag ist politisch, wirtschaftlich, kulturell mit Tausenden von Fäden mit dem deutschen Wesen verbunden, seit seiner Entstehung bis zum heutigen Tag.

Betritt man aber heute Prag, so findet man in seinem Stadtbild kein deutsches Wort. Es gibt keine deutschen Aufschriften an den Bahnhöfen, die täglich viele Tausende von deutschsprechenden Jahrgästen empfangen. Man findet keine deutschen Geschäftsaufschriften und dergl. trotz des starken deutschen Anteils am Geschäftsleben. All das wird eben einfach nicht geduldet. Man hat 1918 die deutschen Aufschriften heruntergerissen oder überstrichen und dabei bleibt es. Wo man schließlich zur Überzeugung kommt, daß das Tschechische doch noch nicht die allgemeine Verkehrssprache Europas ist, da behilft man sich mit dem Französischen oder ausnahmsweise dem Englischen. Das Deutsche aber ist verpönt, wenn man schon in jedem Geschäft selbstverständlich deutschen Bescheid bekommt. Ein Kulturbild aus dem vom Völkertampfe zerrissenen Osten!

Man braucht aber gar nicht so weit zu gehen, um das Bild einer gewaltsam übertünchten Vergangenheit und Gegenwart zu finden. Man braucht da nur von Basel in der Richtung zu gehen, in der die Basler Straßenbahnen nach Saint-Louis fahren, und sich die alten elsässischen Städte anzusehen. In Straßburg z. B. erinnern nur noch die zweisprachigen Straßenschilder und hie und da die Aufschriften in den Geschäften, die man wirklich von den Kunden gerne verstanden sehen möchte, daran, daß man sich in einer dem Volkstume nach auch heute noch fast rein deutschen Stadt befindet. Sonst ist 1918 alles mehr oder weniger schon französisch gemacht worden. Dabei mahnt in der Altstadt jeder Schritt daran, daß kaum eine andere Stadt in den frühern Jahrhunderten deutscher Kulturentwicklung so viel bedeutet hat wie gerade Straßburg. Das kann kein französischer Anstrich verdecken.

Selbst diese spärlichen Reste deutscher Aufschriften sind jedoch den französischen Nationalisten noch ein Dorn im Auge. Die Erleuchtung kommt hier aus dem Osten. Vor einigen Monaten weilte der Bürgermeister von Prag, Vaga, in Straßburg. Mit Mißfallen bemerkte er die deutschen Aufschriften und wies seine Busenfreunde vom „Journal de l'Est“ darauf hin, daß er damit in Prag reinen Tisch gemacht habe. Und mit Begeisterung wurde der Gedanke

von den Schweizern und den andern Redaktionsmitgliedern des Straßburger Nationalistenblattes aufgenommen. Vielleicht erlebt er jetzt bei der endgültigen Befreiung Elsaß-Lothringens seine Verwirklichung. Die französische Propaganda könnte dann mit ihren bekannten Regiekünsten die zweisprachigen Straßenschilder und dergl. als begeistert dargebrachte Opfergabe der Elsässer auf dem Altar der französisch-tschechischen Seelenfreundschaft buchen.

* * *

Möglich ist ja heute im Elsaß alles. Davon hat man sich in den letzten Wochen genugam überzeugen können. Wer hätte gedacht, daß diese Dinge in Mitteleuropa vor sich gehen könnten? Sicher der nicht, der an alle die schönen Phrasen aus der „Stadt des Lichts“, an die Deklamationen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geglaubt hat. Für jemanden allerdings, der die französische Politik näher verfolgt hat, der vor allem die französische Politik gegenüber fremdem Volkstum, das sich in Reichweite befindet, verfolgt hat, für den sind die heutigen Vorgänge im Elsaß nichts Neues und nichts Unerwartetes. Sie bilden ja nur eine geradlinige Fortsetzung alles dessen, was seit den Zeiten Richelieus und vor allem Ludwigs XIV. geschehen ist, ganz gleichgültig, wer in Frankreich gerade am Ruder war.

Die heutigen Vorgänge sind aber auch eine geradlinige Fortsetzung der französischen Politik im Elsaß seit 1918. Als man von dem Gebiet Besitz ergriff, machte man sich sofort daran, dem deutschen Lande einen französischen Anstrich zu geben. Zu dem Zweck trieb man alle die Elemente, von denen man Schwierigkeiten erwartete, mit Gewalt aus dem Lande. Weit über 100,000 Personen mußten damals Elsaß-Lothringen verlassen. Im übrigen wurde Verwaltung, Gericht, Schule, kurz alles, was der Staat irgendwie fassen konnte, auf einen Schlag französisch. Und das in einem zu 85 % deutschen Land, in dem die Masse überhaupt kein Französisch verstand! Man suchte auch dem Lande möglichst rasch alle französischen Einrichtungen wieder aufzudrängen, die seit einem halben Jahrhundert ersetzt und zwar meist durch Besseres ersetzt worden waren. Elsaß-Lothringen nahm unter dem Eindruck der gewaltigen Umwälzung alles stumm hin.

Mit den Jahren aber zeigten sich alle die Nachteile dieser Französisierung immer schärfer. Sie wurden allmählich jedermann deutlich. Und damit erhob sich immer mehr der Ruf nach Abhilfe. Man verlangte die Berücksichtigung der deutschen Sprache, deren Gleichberechtigung mit dem Französischen. Man verlangte auch für das von Innerfrankreich so verschiedene Land irgend eine Selbstverwaltung, über deren Form die Wünsche weit auseinandergingen. Mit der Gründung der „Zukunft“ vor drei Jahren gewannen diese Wünsche ein Sprachrohr und die Autonomiebewegung gewann von da an mit rasender Schnelligkeit Boden.

Wie verhielt sich Frankreich dazu? Zuerst lachte man über das tolle Beginnen. Man schwieg es tot, so gut das ging, oder man verspottete es. Dann sah man jedoch die Autonomiebewegung anwachsen. Man geriet in Zorn und versuchte die Volksbewegung mit einer Schimpfkanonade zu erledigen. Als sie trotzdem weiter um sich griff, da hieß es: Staat, tu deine Pflicht und würg diese Sache ab! Die Regierung Herriot bereits machte damit einen Versuch durch die Maßregelung der Beamten, die für den Heimatbund eingetreten waren. Die Wirkung war aber sehr unerwünscht. Vor allem wurde man im Auslande aufmerksam und in Elsaß-Lothringen gewann man nichts. So machte sich Poincaré, als er wieder ans Ruder kam, eher an einen Abbau der Regierungsmaßnahmen, so weit sie offiziell waren, suchte aber den Autonomisten durch Verwaltung und Gericht die Sache zu verleiden. Aber auch das half nichts. Die autonomistische Bewegung gewann ständig an Ausdehnung, wie die steigende Verbreitung ihrer Presse bewies. Und jetzt kamen die Wahlen in Sicht. Nach außen heuchelte man zwar in Paris Zuversicht. Im Innern aber war man von einem Erfolg der Autonomisten sicher überzeugt. Damit konnte also die wahre Lage im Elsaß vor der Welt nicht mehr verborgen werden. Man stand nun

vor der Wahl: Entweder autonomistische Abgeordnete in der Kammer oder gewaltsame Unterdrückung der Bewegung. Die Wahl zwischen beiden Dingen war jedenfalls nicht leicht. Sie fiel schon aus der gefühlsmäßigen Einstellung Frankreichs heraus auf die zweite Lösung. Sie ist gegenwärtig in Arbeit!

* * *

Daß die jetzige französische Politik im Elsaß sozusagen ausschließlich von Wahlrücksichten diktiert ist, darüber kann kein Zweifel bestehen. Vier Monate sind es noch beinahe bis zum großen Wahltag. Der Feldzug dauert erst etwas über einen Monat. Da kann man noch allerlei erwarten. Und es wird sich sicher noch allerlei ereignen.

Der erste Schlag wurde gegen die autonomistische Presse geführt. Man verbot sie kurzerhand als fremdsprachige Organe. Als darauf von der großen katholischen Partei des Landes darauf hingewiesen wurde, daß man die Muttersprache von 85 % der Bevölkerung nicht als Fremdsprache behandeln dürfe, da hatte Poincaré eine sehr fadenscheinige Ausrede. Er erklärte, daß wohl die Mundarten der Bretagne, Französisch-Flanderns, Corsicas und des Elsasses Heimatrecht in Frankreich hätten, nicht aber die betreffenden Schriftsprachen, die Nationalsprachen fremder Länder, wie sich Poincaré ausdrückte. Also die Elsäzser Mundart hat ein gewisses Recht im Elsaß, nicht aber die deutsche Schriftsprache. Man findet hier beim Ministerpräsidenten die gleiche Behauptung, die Frankreich so gerne aufstellt, daß die Mundart im Elsaß etwas von der deutschen Schriftsprache durchaus Verschiedenes sei. Die französischen Nationalisten haben ja sogar verkündet, die elsässische Mundart sei nur ein feltischer Dialekt! Von diesem Blödsinn, der ja übrigens während des Krieges auch für das Schweizerdeutsche aufgetischt wurde, hat sich der Ministerpräsident ferngehalten. Er hat aber etwa den Standpunkt des Prof. Pfister, des jetzigen obersten Leiters des Schulwesens in Straßburg, eingenommen. Der hat jüngst erklärt, daß die elsässische Mundart „sich in vielem von der deutschen Schriftsprache unterscheidet, aber doch auch wieder große Ähnlichkeiten mit ihr hat“. Daraus leitet nun Poincaré die Berechtigung ab, die deutsche Sprache aus dem Lande zu verbannen.

Den zweiten Schritt zur Bekämpfung der Autonomisten bildeten die Verhaftungen, die ununterbrochen andauern. Es ist dabei sehr lehrreich, die Art des Vorgehens zu beobachten. Zuerst wurde der Lehrerführer Kossé verhaftet, unter dem fadenscheinigen Vorwand der Gefährdung des Staatskredites. Bei dieser Gelegenheit nahm man gleich eine gewaltige Reihe von Hausdurchsuchungen im ganzen Lande vor, in der Hoffnung, endlich belastendes Material für die Autonomisten zu finden. Die Presse wußte auch sofort von allen möglichen Entdeckungen zu berichten. Nur schade, daß seit über einem Monat dann davon nichts mehr verlautet hat. Der zweite Streich geschah gegen zwei Angestellte des Bulach'schen Blattes, der „Wahrheit“. Hier erhob man Anklage wegen Spionage. Die Presse wußte auch sofort von Geständnissen zu berichten. Seither verlautete aber darüber nichts mehr, wohl aber wurde jede Schuld nun ganz energisch bestritten. Es folgten neue Hausdurchsuchungen, von denen die französische Presse immer wieder unheimliche Entdeckungen zu vermelden wußte. Und nachdem man so die Stimmung genügend vorbereitet hatte, ging man zu den eigentlichen Verhaftungen über, die heute schon mehr als zwei Duzend betragen werden. In der Form wird man wohl fortfahren.

Festzuhalten ist dabei, daß noch keine einzige Anklage von Bedeutung bewiesen worden ist. Man hat die Leute eingesteckt und zwar alle die, die als autonomistische Führer oder Kandidaten für den Wahlkampf in Betracht fallen können. Mit dem Gerichtsverfahren wird man sich wahrscheinlich nicht beeilen oder man wird es zur Farce machen. Man macht aber eben die Leute unschädlich. Die erhobenen Vorwürfe haben sich schon zu einem guten Teile als glatte Erfindungen herausgestellt. Andere sind derart lächerlich, daß man nur bei sehr naiven Gemütern damit Eindruck machen kann. Das beständige Geschrei der Presse, der geradezu verächtliche Lügenfeldzug hat aber doch im Ausland einen gewissen Eindruck gemacht, wo man die Tatsachen natürlich nicht

so genau nachprüfen kann. Es ist selbstverständlich wohl möglich, daß sich unter den Autonomisten die eine oder andere dunkle Figur befindet. Die Masse aber, die vielen katholischen und protestantischen Geistlichen, die Lehrer, Rechtsanwälte u. s. w., die sind sicher Idealisten, die für ihre Sache all die Opfer auf sich nehmen. Es hat Mut gebraucht, um sich zum Autonomismus zu bekennen und es braucht Mut, um an ihm festzuhalten. Nur ganz vereinzelt der Leute, wie Zorn von Bulach, sind jämmerlich umgefallen. Die meisten nehmen die Opfer für die Sache willig auf sich. Für eine derartige Haltung sollte auch in der Schweiz Verständnis sein, wo man jetzt die Vermaterialisierung der Politik so sehr beklagt.

* * *

Es fragt sich nun, welchen Erfolg die französische Regierung mit dieser Gewaltpolitik erzielen wird? Es ist natürlich klar, daß man mit genügend Verhaftungen und dergl. Mitteln die Wahl von Autonomisten wird unmöglich machen können. Aber ob man damit die Stimmung der Massen verbessern wird? Das ist doch sehr zu bezweifeln. Von den verhafteten Autonomisten sind verschiedene angesehenere Persönlichkeiten. Man wird auf die Dauer die wirklichen Gründe des ganzen Vorgehens nicht verheimlichen können. Die Unzufriedenheit wird dann nur umso größer werden, je weniger man mit Verbesserungen der wirklichen Übelstände und je mehr man mit bloßen Gewaltmaßnahmen vorgeht. Und eine solche Unzufriedenheit wird sich auch früher oder später wieder Luft machen, sei es mit dem Stimmzettel oder anderswo.

Wenn es aber der französischen Regierung nicht gelingt, ganz schlüssige Beweise dafür zu schaffen, daß ein ansehnlicher Teil der Autonomisten wirklich von Deutschland aus bezahlt und geleitet wurde, dann wird die ganze Aktion schließlich einen für Frankreich sehr unerwünschten Widerhall im Auslande finden. Dort verfolgt man mit steigendem Staunen die Vorgänge im Elsaß. Wenn die jetzt krampfhaft unter Aufgebot der ganzen Polizei gesuchten Beweise nicht ans Tageslicht kommen, dann wird das Staunen noch größer werden. Man wird dann auch mit dem Urteil nicht zurückhalten, mit dem man jetzt meist vorsichtig noch zuwartet. Man wird dem Auslande auch nicht dasselbe sagen können, das Poincaré in der Kammer dem elsässischen Kommunisten Huber zugerufen hat: Der elsässische Autonomismus sei zur deutschen Zeit für einen Franzosen eine Pflicht gewesen, jetzt aber ein Verbrechen! Eine solche Logik kann in der Pariser Kammer wohl Beifall finden, nicht aber vor den nüchternen Überlegungen der europäischen Zuschauer.

Allerdings hat man in Paris dafür vorsorglich schon einen neuen Schlager bereitgestellt. Der Ministerpräsident selbst hat die Autonomiebewegung als „eines der ernstesten Hindernisse für die Völkerversöhnung und für die Festigung des Friedens“ bezeichnet. Ob dieses Mittel versagen wird? Die Leute um Förster haben diese Melodie natürlich sehr gern aufgenommen. Aber sonst? Wird man sich in der Welt vorreden lassen, der Friede der Welt erfordere es, daß Elsaß-Lothringen mit aller Gewalt französisiert und in den französischen Einheitsstaat hineingepreßt werde? Mit dem gleichen Argument verteidigen die Faschisten ihre brutale Politik in Südtirol und doch hat sich die Meinung der Welt dagegen ausgesprochen. Nun sind die Franzosen zweifellos zehnmal geschickter und klüger. Sie dürfen sich ungestraft Dinge leisten, die sonst die ganze Welt in Empörung bringen würden. Aber ob das mit Elsaß-Lothringen gelingen wird, ist doch zu bezweifeln. Die Zeit wird es zeigen.

U r a u, den 5. Januar 1928.

S e k t o r A m m a n n.

Brief aus Süd-Tirol.

Es wird für manchen Ausländer, der Italien sowohl wie Deutschland liebt, ein „red-letter day“ gewesen sein, als er in der faschistisch geleiteten Bozener Alpenzeitung neulich unter der Überschrift „Italien und Deutschland“ lesen durfte, daß eine deutsche Zeitung „ruhig und mit einer gewissen Herzlichkeit über die Beziehungen zwischen den beiden Ländern geschrieben“ habe, trotzdem in dem Artikel des betreffenden deutschen Blattes die „Südtirolerfrage“, dem allgemeinen deutschen Empfinden entsprechend, als „die einzige Konfliktfrage zwischen Berlin und Rom“ bezeichnet worden war. Es folgte dann allerdings der Verweis, daß solche Bemerkungen „zeitlich und örtlich nicht am Platze“ seien und die Belehrung, daß eine Südtirolerfrage nicht existiere und „daß die Methoden, die in unserer Provinz in Anwendung kommen, Angelegenheit unserer Innenpolitik sind, in die wir keinerlei Einmischung gestatten können“. Aber das, meinem Empfinden nach, erfreuliche Ereignis bleibt die Tatsache, daß trotzdem zugegeben wird, der Artikel sei „ruhig und mit einer gewissen Herzlichkeit“ geschrieben.

Als Ausländer glaube ich klarer zu sehen als die interessierten Parteien und kann behaupten: Es wird in Deutschland im allgemeinen über dieses Thema ruhiger gedacht und geschrieben, als man erwarten dürfte; nachgerade liegt doch hier die schmerzende Wunde, während man sich in Italien nur darüber aufregt, daß das einen Schmerz empfindende Deutschland diesen nicht stumm verbeißt.

Kindern und Hunden, die grundlos heulen, pflegt man einen Klaps zu geben, „damit sie wissen, weshalb“. Auch schwergetroffen sich aufbäumenden Völkern kann man, solange sie wehrlos sind, noch einen weiteren Sporenhieb versetzen; beruhigen, zähmen oder gar befreunden wird man sie damit aber nicht. Es ist Sache Italiens, sich klar zu werden, ob es auf die Dauer ratsam sein wird, Deutschland gegenüber die Rolle des strengen Erziehers weiter spielen zu wollen oder aber das zu tun, was ein wahrer Freund ihm raten würde: In der Freude über den Erfolg nicht den Sinn für die Wirklichkeit zu verlieren.

In Wirklichkeit ist Deutschland weder ein Kind, das einen italienischen Erzieher braucht, noch ein Krüppel, sondern ein, wenn auch durch Überanstrengung noch geschwächerter junger Riese; das deutsche Volk muß und wird trotz alledem wachsen und sich ausdehnen, — den „Weisen“ von Versailles und St. Germain zum Trotz, die ihm alle Notventile zu verstopfen versucht haben. Wenn ein Volk, so sollte das italienische für diese elementare Notwendigkeit Verständnis haben! In Wirklichkeit — und diese Bille ist schwer zu schlucken — hat Italien militärisch, schonend gesagt, nie „gesiegt“. Es hat das sich sozusagen nur mit einer Hand wehrende Österreich in drei Jahren keine 50 km zurückdrängen können; zum „Sieg“ kam es erst, als der Feind bereits im Zusammenbrechen war. Es könnte Italien zum Verhängnis werden, wenn es, in dem Hochgefühl, zur Zeit in der Gesellschaft der Sieger zu verkehren, immer mehr zu dem Glauben erzogen würde, daß es militärisch gesiegt habe. Die vielen guten Seiten des Italieners in Ehren! Aber geborene Soldaten sind die wenigsten von ihnen und Illusionen in der Richtung zu nähren, wäre ein Verbrechen an einem liebenswürdigen, begabten Volk, das genug Anderes hat, worauf es stolz sein kann. Daß Italien in einem Konflikt z. B. mit Frankreich, auf sich allein angewiesen, keinen Schatten von Aussicht auf Erfolg hat; daß sogar das unbewaffnete Deutschland vor einem Zweikampf mit Italien nicht zittern würde — darüber herrscht bei allen militärischen Kennern beider Völker kein Zweifel. In Wirklichkeit ferner ist der eiserne Ring um Deutschland, der auch kleineren Angreifern so viel Mut eingeflößt hat, heute schon, wenn nicht gebrochen, so doch stark angerostet, und es kann wohl als ausgeschlossen gelten, daß eine so vollständige Koalition gegen Deutschland, wie während des Weltkrieges, je wieder zustande kommt; dafür bürgt, neben der inzwischen erfolgten Aufklärung aller Alliierten übereinander, schon die deutsche Gelehrigkeit. In Wirklichkeit schließlich ist Italien das Land, dem eigentlich der Geschmack an solchen gewinnversprechenden Kompagniegeschäften gründlich verleidet sein

solle. Es war leichter, über den Preis seiner Waffenhilfe zu feilschen, solange diese eine unbekannte Größe war, als nach dem Friedensschluß den Lohn einzustreichen. Die Wahrheit des Wortes „Gott behüte mich vor meinen Freunden — mit meinen Feinden werde ich selbst fertig!“, scheint man in Italien noch nicht erkannt zu haben. Daß man in St. Germain den Kürzeren gezogen hat, läßt sich nicht wegstreiten; in dem erklärlichen Wunsch aber, sich der wenigen Fische aus dem großen Fange zu erfreuen, will man nicht sehen, daß gar keine Beute unter Umständen besser sein kann, als ein von wohlwollenden Freunden zugeteiltes Reissushemd.

Daß Sir Edward Grey anfangs 1915 Südtirol verschacherte, kann man als eine Verzweiflungstat werten; als damals der französische Bundesgenosse und die russische Dampfwalze sich durchaus nicht programmäßig in Berlin treffen wollten, merkte er, daß er sich veralkoholisiert hatte und in solchen Lagen ist man freigebig — aus der Tasche anderer. Vier Jahre später war mehr Zeit zur Überlegung; wenn damals die Mächte Italien mit wenig mehr als dem deutschen Südtirol und dem slovenischen Udriauser erfreuten, so geschah dies einerseits weil die Spendier-Stimmung und Notwendigkeit nicht mehr bestand, ferner weil man Besseres für sich selbst brauchte und schließlich weil es ihnen mit der Festlegung von wirklich guten, gerechten und bleibenden Grenzen in Europa überhaupt nicht Ernst war. Italien, von dem Clemenceau in Versailles höhnisch sagte, „sein kriegerischer Geist sei seit dem Waffenstillstand gar nicht mehr zu bändigen“, galt damals als nichts weniger als der Retter der Situation und man sah mit mehr Schadenfreude als Wohlwollen zu, wie es sich auf Köder stürzte, die ihm vermutlich bald Verdauungsbeschwerden bereiten würden.

Geschenke, Ratschläge und fromme Wünsche unserer Rivalen können immer als Warnungssignal angesehen werden! Daß die Zuteilung Südtirols an Italien nicht bloß in Erfüllung eines Versprechens geschah — um das man sich aus sehr achtbaren Gründen hätte drücken können —, sondern ein Trick Frankreichs war, um zwei unberechenbare Nachbarn entzweit zu erhalten, läßt sich ohne großen politischen Scharfsinn erkennen.

Wenn wirklich bei einsichtigen Italienern die Erkenntnis jetzt zu dämmern anfängt, daß Deutsche „ruhig und herzlich“ über Italien schreiben können, ohne zu verschweigen, daß „zwischen Berlin und Rom eine einzige Konfliktfrage existiert“, so bedeutet das für diejenigen, denen der Frieden Europas am Herzen liegt, wahrhaft einen Lichtblick; denn dadurch klärt sich auch der Blick auf eine Reihe von Tatsachen, u. a. auf die, daß die Verhältnisse bei seinen Nachbarn bei weitem nicht so einfach liegen und daß das, was man von ihnen braucht, unter wesentlich schwereren Opfern zu erkaufen sein dürfte.

Keiner seiner Nachbarn kann Italien — nebst einer Freundschaft, die nach der Feuerprobe von 1914 nicht zu gering eingeschätzt werden sollte — das geben, was Deutschland ihm wird geben können. Man braucht in Italien bloß einmal die deutschen Zeitungen nicht nur nach den erklärlichen Entrüstungs-Ausbrüchen über die Behandlung der Südtiroler zu durchsuchen; man kann dann leicht entdecken, wieviel alte Liebe zu Italiens Land und Volk noch in Deutschland schlummert; wie viel Bewunderung für seine Kunst, wie viel Wohlwollen und Verständnis für die junge, aufstrebende Nation, trotz 1915 und Südtirol, in Deutschland aufgespeichert liegt; und daß gerade dem faszistischen Italien viel neuerworbene Sympathien entgegendrängen, die mit etwas Verständnis und geringen Opfern zur schönsten Blüte gebracht werden könnten. Es wäre ein schwerer Schicksalsschlag für Italien, wenn der Mann, der in kurzer Zeit so viel für sein Land getan hat, in seinem jungen Machtbewußtsein übersehen würde, daß Macht allein ein sprödes, unfertiges Schwert ist, dem erst Verständnis und Opferbereitschaft Anderen gegenüber die für eine Höchstleistung nötige Elastizität geben. Auf Verständnis und Opfern ist Bismarcks größter Erfolg, die Aussöhnung Deutschlands und Österreichs, aufgebaut. Die Karte Europas dürfte heute anders aussehen, hätte er 1866 verständnislos, nur auf Landgewinn bedacht, alles genommen, was damals zum Greifen vor ihm lag.

Der schwerste Teil der ärztlichen Kunst ist die Diagnose; gerade hierin hätte es Italien leicht, denn woran das Verhältnis zwischen ihm und Deutschland krankt, darüber besteht kein Zweifel. Es wäre verhängnisvoll, wollte man in Italien aus Furcht vor der bitteren Medizin diese Krankheit nicht zugeben. Man kann nach dem Vogel-Strauß-Rezept seinen Kopf verstecken, um eine Gefahr zu übersehen; man kann in Italien die Südtirolerfrage „verbieten“, so wie man den Namen Südtirol verboten hat, und sich selbst weißmachen, daß sie infolgedessen nicht mehr existiert. Aus der Welt schafft man aber damit eine solche Frage nicht; denn die Welt außerhalb Italiens, die seit dem Siriege viel gelernt hat, weiß, daß Italien sich leider nicht mit der Befriedigung seiner „gerechten nationalen Wünsche“ begnügt, sondern, vom Versailler Fieber angesteckt, unter dem Vorwande, eine strategische Grenze zu brauchen, seine Hand auf Land und Leute gelegt hat, die ihm fremd sind — als ob ein hölzerner Schlagbaum über die Reichsstraße bei Salurn ihm nicht weit größere Sicherheit geben könnte, als der höchste Alpenpaß!

Im Widerspruch zu den offiziellen Kriegszielen seiner Verbündeten, im trassesten Widerspruch zu den Grundsätzen, die einst seine Irredenta gegen Österreich heiligen sollten, tut Italien jetzt selbst, was es früher als verabscheuungswürdig gebrandmarkt hat; ärger als das: Österreich hat nur sein legitimes Erbe verteidigt; Italien hingegen hat rein deutsches Land und Volk dem rechtmäßigen Besitzer entrisen und in seine Grenzen gezwungen. Mit dem Begehen dieses unzweifelhaften Unrechtes — gleichviel, ob auch durch erpreßte Verträge sanktioniert — hat Italien eine „Frage“ geschaffen, die auch Menschen außerhalb Italiens berührt, denen man die Kenntnis, daß Südtirol nicht italienisch ist, daß dort ein verwandtes Volk vergewaltigt wird, nicht dadurch wegdisputieren kann, daß man die Sache als eine „Angelegenheit der Innenpolitik“ und daher als undiskutabel bezeichnet. Man kann an den eigenen Kindern Erziehungsversuche bis zur Grausamkeit steigern, ehe die Nachbarn daran Argerniß nehmen dürfen; wer aber fremder Leute Kinder in seine Dienste preßt, darf sich nicht wundern, wenn die Eltern den Klagen der Kinder gegenüber nicht taub bleiben. Allem zum Trost, was heute in den italianisierten Schulen Südtirols der Jugend über die „große, gütige Mutter Roma“ beigebracht wird — die Südtiroler sind nun einmal nicht ihre Kinder, wollen und werden es niemals sein!

Es gibt wohl keinen wahren Freund Italiens, der nicht wünscht, Italiens großer Staatsmann möchte jetzt, wo in Europa noch alles flüchtig ist, den Mut haben, die Lehren der Geschichte richtig zu lesen. Es gehört mehr Mut dazu, einer inneren Gegnerschaft zum Trost, einen Siegespreis abzulehnen und auf den Dank eines späteren Geschlechts zu warten, als einem geknebelten Feinde einen solchen zu entreißen. Möge man sich in Italien ja nicht mit der Erwägung trösten, daß es sich in Südtirol nur um 220,000 Deutsche handelt! Hier sind nicht Zahlen ausschlaggebend, sondern die Tiefe des Gefühls. Die hat in Deutschland sogar für das Eliaß gefehlt; dem von allen Seiten eingeeengten deutschen Volke war das deutschsprechende Land westlich des Rheines ein historisch-ethnisch berechtigtes Ausdehnungsgebiet — seine Wiedererwerbung aber keine Herzenssache. Für die Franzosen natürlich noch weniger; aber nach wiederholtem, menschenalterlangem Besitz war bei ihnen aus einer reinen Interessenfrage eine solche des Prestige geworden, die bei dem Naturell des Franzosen ernster zu nehmen ist als eine Gefühlsache beim Deutschen, der heute mit gelinder Schadensfreude sieht, daß die Bewohner des vielumstrittenen Gebietes ebensowenig jemals gute Franzosen sein werden wie sie gute Deutsche waren — Sorgenkinder immer des Staates, der sie zuletzt „erlöst“ hat. Trost dem Prestige-Fetisch, der allgemaltigen Eitelkeit des Franzosen, auf deutscher Seite wenig mehr als Berechnung gegenüber — ein ungleicher Kampf, weil nur auf einer Seite mit wirklicher Erbitterung geführt.

Bei Südtirol ist das anders; hier handelt es sich um überzeugt deutsche Menschen, die seit tausend Jahren einem Lande ihren Charakter aufgeprägt

und in dieser Zeit niemals, wie die Elsäßer, den leijesten Ehrgeiz gezeigt haben, etwas anderes als deutsch zu sein. Die geographisch-historischen Kunststücke eines italienischen Senators werden vielleicht Manche über den wahren Sachverhalt täuschen oder in den Augen Unwissender dem Lande einen dünnen italienischen Anstrich geben können; hier und da wird ein harmloser ausländischer Leser der Alpenzeitung vielleicht glauben, daß die „nach hundertjähriger Trennung mit dem Vaterlande wiedervereinigte Stadt Bolzano“ wirklich freiwillig ihre alten Straßen zu Gunsten von unbekanntem und ungeliebtem Italienern umtauscht; aber aus den Südtirolern werden solche Kunstgriffe ebenso wenig Italiener machen wie eine militärische Besetzung vor mehr als tausend Jahren aus den Bewohnern des heutigen Österreich, Deutschland, Frankreich und England Römer gemacht hat.

Südtirol bis Salurn ist seit tausend Jahren deutsch; man mag über die Ureinwohner streiten — Italiener sind sie niemals gewesen.

Wenn es Italiener gibt, die aus der gezwungenen Züßigkeit eines gutmütigen Volkes, aus der erpreßten Teilnahme einiger Südtiroler an italienischen Sieges- und anderen Festen glauben schließen zu dürfen, daß Südtirol sich wohl fühlt oder gar die ihm aufgedrungene „Italienität“ zu schätzen oder lieben lernt, so können sie gar nicht früh genug darüber aufgeklärt werden, daß es das Geschäft der Alpenzeitung ist, Südtirol so zu beschreiben, wie sie es sehen möchte — nicht wie es ist.

Jeder Freund Italiens kann nur hoffen, daß die unausgesetzten Versuche, klare Tatsachen umzukrempeln, nicht so lange fortgesetzt werden, bis Südtirol sich für die Italiener in eine Prestigesache verwandelt hat. Ich habe Hunderte in Alt-Italien kennen gelernt, die von Südtirol nichts wußten, sogar Postbeamte, die glaubten, daß für Bozen und Meran Auslandsporto zu zahlen sei. Heute noch könnte das italienische Volk Südtirol aufgeben, ohne die leiseste Bitterkeit zu fühlen, ohne an seiner Ehre, an seinem Selbstgefühl Schaden zu nehmen — im Gegenteil, ein derartiges Opfer würde in der ganzen Welt einen Grad von Bewunderung auslösen, der in der Weltgeschichte seinesgleichen sucht.

Sollte es aber den Heißspornen, die heute, scheinbar manchmal über Rom hinweg, Geschichte machen möchten, doch gelingen, dem Volke Italiens den Besitz Südtirols als eine Ehrensache hinzustellen, so müßte dies aufs Tiefste beklagt werden. Denn welches Prestige gegen deutsches Gefühl gesetzt, bedeutet hart auf hart.

Südtirol, Speckbacher, Peter Mayer, Peter Haspinger, Andreas Hofer — das sind Namen, die seit hundert Jahren im Gefühlsleben von Millionen von Deutschen eine Rolle gespielt haben, denen Politik gleichgültig und die im Auslande lächerlich übertriebene „Großdeutsche Bewegung“ unbekannt ist. Blut ist nun einmal dicker als Wasser! Kein Machtwort Italiens wird in Deutschland die Erinnerung an den Sandwirt vom Pässeier und an Mantua oder die Sympathie für das „heilige Land Tirol“ unterdrücken können; sie wird leben — nicht zum Vorteil Europas und sicher nicht zu dem Italiens —, auch nachdem der letzte deutsche Südtiroler über den Brenner getrieben worden ist.

Bozen, im Dezember 1927.

S. D.

Kultur- und Zeitfragen

Baukunst in Zürich.

So oft uns der Weg nach Zürich führte, versäumten wir nie, einen Besuch von einigen Minuten am „Pelikan“, auch Thalackerplatz genannt, abzustatten.